



von Helmut Markwort

Wie die Grünen auf Umwegen bei Kernkraft zur Vernunft kommen könnten

Montag

Mehr als dreißig Staaten nutzen Atomstrom. Nur in Deutschland steht die Regierung auf der Bremse. Obwohl es die CDU-Chefin Angela Merkel war, die den plötzlichen Atomstopp ausgerufen hat, verteidigen ihn die Grünen wie einen Teil ihrer Religion. Sie haben sich mit einem Denkverbot gefesselt. Ihre Minister malen wegen der drohenden Energiekrise düstere Bilder für Betriebe, Familien, Gärten, Küche und Bäder, verweigern sich aber der Möglichkeit, die Laufzeit für Atomkraftwerke zu verlängern.

Dabei schrumpft die Kraft ihrer Argumente. Was sie an technischen und juristischen Hindernissen vortragen, wird rings um uns herum gelöst. Die Grünen werden nicht die Position halten können, dass deutsche Manager, Ingenieure und Techniker weniger klug und weniger geschickt sind als ihre Kollegen in den USA, in Frankreich, Belgien, Spanien, Schweden, Ungarn, Finnland oder der Schweiz. Aus der polnischen Politik kommt sogar der Vorschlag, die drei noch laufenden deut-



AKW-Revolutzer Die Münchner Bürgermeister Karin Habenschaden (Grüne) und OB Reiter (SPD)

schen Kernkraftwerke in Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg zu pachten, falls Deutschland sie am Jahresende abschaltet. Der Plan ist wohl juristisch nicht zu realisieren, aber schon als Gedanke eine Blamage für die Regierung.

Die Grünen, die zwei zuständige Ministerien besetzen, spielen auf Zeit, kündigen neue Prüfungen und Stresstests an. Diese Manöver sind gefährlich, weil sie Fristen fressen. Jeder kann nachlesen, dass die Brennstäbe rechtzeitig bestellt werden müssen.

Manche Grünen erkennen die Notwendigkeit, zuverlässig Strom zu sichern, fürchten aber die Stimmung an der Basis. Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer ist wieder einmal vorgeprescht mit der Meinung, er könne sich eine längere Laufzeit vorstellen. Ein anderer mächtiger OB unterstützt ihn, der Münchner Dieter Reiter von der SPD. Er organisierte im Aufsichtsrat der Münchner Stadtwerke einen überraschenden Beschluss. Das Gremium, das 25 Prozent am Atomkraftwerk Isar 2 vertritt, fordert die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Voraussetzungen für einen sogenannten Streckbetrieb des Atomkraftwerks zu schaffen.

Der Beschluss ist ein politisches Signal, denn er erfolgte einstimmig. Also mit dem Votum des grünen Mitglieds. Der ist immerhin Vorsitzender der Stadtratsfraktion.

Vor seiner Zustimmung hat er sich mit seiner grünen Bürgermeisterin Karin Habenschaden abgesprochen, und die hat, wie ich aus zuverlässiger Quelle weiß, mit Spitzengrünen aus der Ampelregierung über die Münchner Revolution telefoniert. Sie hörte Erstaunen, aber keinen Widerspruch.

Wir können also hoffen, dass Robert Habeck schon darüber grübelt, mit welchen Wortwindungen er den Positionswechsel erklärt. Zuerst innerhalb der Partei. Und dann dem Publikum, das mit wirtschaftlicher Vernunft mehrheitlich ohnehin die Verlängerung wünscht.

Die Melodie ist klar: Neue Fakten erzwingen neue Entscheidungen.



Späte Erkenntnis

Als Ehemaliger verkündet Sigmar Gabriel Thesen, die er als SPD-Chef nie vertreten hätte

Dienstag

Viele staunen, vor allem aber Sozialdemokraten. Sigmar Gabriel plädiert für längere Arbeitszeiten. Der langjährige Chef der Partei, die sich früher für die 35-Stunden-Woche starkgemacht hat, empfiehlt jetzt 42 Stunden. Die Gewerkschaften, so Gabriel, mögen in den nächsten Tarifrunden dafür kämpfen.

Die Mehrarbeit könnte den Arbeitskräftemangel eindämmen. Warum kommt Gabriel diese Erkenntnis so spät? Erstens soll niemand gehindert werden, klüger zu werden, und zweitens gilt die Parteiloyalität. Politiker beißen sich eher die Zunge ab, als Wahrheiten auszusprechen, die Wähler kosten könnten.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.